

Stadtvertretung der Stadt Wolgast  
Burgstr. 6  
17438 Wolgast

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Lennéstr. 1  
19053 Schwerin

Wolgast, 30.05.2016

**Resolution zur Landtagsentscheidung am 09.06.2016  
„Volksinitiative zur Wiedereröffnung der Abteilungen Kinder-und  
Jugendmedizin sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe im  
Kreiskrankenhaus Wolgast“**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Bretschneider,  
sehr geehrte Landtagsabgeordnete,

wir haben die Anhörung zur Volksinitiative im Sozialausschuss M-V am 18.05.2016  
verfolgt und haben die Argumentation der Vertreter der Volksinitiative und der  
Sachverständigen zur Kenntnis genommen.

Danach ist für uns die mehrheitliche Entscheidung des Sozialausschusses vom  
25.05.2016 zur Empfehlung an die Landtagsabgeordneten nicht nachvollziehbar. Wir  
sind der Auffassung, dass Argumente, Fakten und Zahlen bei der Entscheidung eine  
untergeordnete Rolle gespielt haben und so die Sozialausschussmitglieder der  
beiden regierenden Parteien starr an der bereits im Vorfeld offen bekundeten  
Befürwortung der Schließung der betroffenen Abteilungen am Kreiskrankenhaus  
Wolgast festhalten.

*Mit diesem Schreiben appellieren wir an die Vernunft und das Gewissen jedes  
einzelnen Landtagsabgeordneten, die mit Ihrer Stimme am 09.06.2016 auf der  
Landtagssitzung über die Gesundheitsversorgung, auch über Leben und Tod von  
Kindern und Frauen einer ganzen Region entscheiden.*

Wir möchten Sie nochmal darauf hinweisen, dass es nach Schließung der beiden  
Abteilungen entgegen falscher Behauptungen gegenwärtig weder in Wolgast noch  
auf der Insel Usedom eine notärztliche pädiatrische und  
gynäkologische/geburtshilfliche Versorgung gibt.

Auf Antrag der Geschäftsleitung des Kreiskrankenhauses Wolgast an das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales zur Schließung der beiden Abteilungen und Beratung der Planungsbeteiligten erließ die Ministerin Frau Hesse den Änderungsbescheid zum Krankenhausplan, der am Tag der Anhörung den meisten Sozialausschussmitgliedern nicht bekannt war. Nicht bekannt waren ebenfalls die Fakten und Zahlen, die der Grund für die Entscheidung waren und auch selbst die Planungsbeteiligten als Entscheidungsträger, wie die AOK und Barmer, die auf der Anhörung als Sachverständige fungierten, hatten keine Kenntnis über die tatsächlichen Fakten und Zahlen.

Im Wesentlichen stützt sich die Entscheidung auf drei Argumente:

1. demographische Wandel,
2. Fachkräftemangel und
3. rückläufige Fallzahlen.

Zu 1.

Der demographische Wandel sieht im Landkreis Vorpommern-Greifswald so aus, dass die Zahl der Kinder zwischen 0 und 18 Jahren ständig steigend ist und die Zahl der Geburten gleichbleibend mit leicht steigender Tendenz (vgl. Anlage 1) und nicht sinkend.

Zu 2.

Es gab am Wolgaster Krankenhaus keinen Fachkräftemangel, sondern ein hervorragendes Personal im Medizin- und Pflegebereich. Erst durch die Schließung der Abteilungen orientierten sich die Mitarbeiter um, verließen zum Teil unser Bundesland und verstärken den allgemeinen Trend.

Zu 3.

Die Fallzahlen auf der Kinderstation in Wolgast sind über mehrere Jahre gleichbleibend und im Jahr 2015 sogar steigend. Die Geburtenzahlen sind ebenfalls konstant zwischen 360 und 400. Erst im Jahr 2015 fielen die Geburten auf 300 am Wolgaster Krankenhaus, dagegen stiegen die Geburten am Greifswalder Klinikum von ca. 750 auf 960. Die Abwanderung ist offensichtlich und bewusst herbeigeführt worden.

Wir bitten Sie hiermit, Einsicht in die vollständigen Unterlagen der Vertreter der Volksinitiative und der Sachverständigen, die dem Sozialausschuss vorgelegt wurden, zu nehmen. Bitte berücksichtigen auch, dass die Einwohner M-V mit Ihren ca. 19.000 Unterschriften unter die Volksinitiative ihren Willen bekundet haben, der Ausdruck gelebter Demokratie ist.

Diese Resolution wurde am 30.05.2016 von der Stadtvertretung Wolgast einstimmig beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Heß  
1. stellv. Stadtvertretervorsteher

